

SP-PS-SECTION:EU

info@sp-p-section.eu

www.sp-ps-section.eu

Umfrage zur Europapolitik bei Kandidierenden für SP-Präsidium

Mit Mail vom 20. Februar 2020 wurden alle Kandidierenden für das SP-Parteipräsidium aufgefordert, folgende Frage zuhanden Hauptversammlung der SP-PS-Sektion EU vom 14. März 2020 zu beantworten:

Wie willst Du als Präsident / Präsidentin oder Vizepräsident / Vizepräsidentin dazu beitragen, dass das im Parteiprogramm verankerte Ziel eines EU-Beitrittes möglichst bald umgesetzt wird?

Statement von Mattea Meyer, Nationalrätin ZH / Cédric Wermuth, Nationalrat AG

Kandidierende für ein Co-Präsidium

«Für die Sozialdemokratie gibt es in Europa kein Zurück zu unabhängig voneinander oder gegeneinander handelnden Nationalstaaten, sondern nur ein Vorwärts zu mehr, weit über den Binnenmarkt hinausreichender Integration.» Parteiprogramm der SP Schweiz, Seite 7

Unsere europapolitischen Grundsätze

Die SP Schweiz hat sich immer als europäische Kraft verstanden. Aus gutem Grund: Soziale Gerechtigkeit und Freiheit für alle Menschen sind nur international erreichbar. **Wir stehen für die Idee eines vereinigten Europas, das Frieden und Wohlstand für alle ermöglicht.**

Mit der Gründung der Montanunion setzten die Gründerstaaten einen europäischen Bezugsrahmen, der sich schrittweise zu einem gemeinsamen Binnenmarkt mit politischen Institutionen weiterentwickelte. Doch die EU war und ist als immer noch junge übernationale Union ein unvollständiges, von Widersprüchen geprägtes Gebilde. Das Primat der Politik über die Wirtschaft konnte auch in der Europäischen Union nicht durchgesetzt werden.

Nichtsdestotrotz hat die EU Erfolge von historischer Bedeutung vorzuweisen. Allen voran die einzigartige Dauer des Friedens zwischen ihren Mitgliedsländern seit 1945 (wobei die Bilanz der kriegerischen Aktivitäten der Mitgliedsländer ausserhalb der Union sehr viel negativer ausfällt). Aber auch in gesellschaftspolitischen Fragen wie der Gleichstellung der Geschlechter, dem Schutz der Konsument*innen oder in Umweltfragen sowie bei der Durchsetzung von Rechtsstaatlichkeit und demokratischen Prinzipien kommt der EU im weltweiten Vergleich nach wie vor eine zentrale Rolle zu.

Heute erlebt die EU mehrere Krisen. Ihre Glaubwürdigkeit ist für viele stark angeschlagen und die europäische Integration ist in Gefahr. Die Deregulierung der Finanzmärkte, die Liberalisierung und Privatisierung von Infrastruktur und die Beschneidung der Demokratie haben über Jahre hinweg die soziale Ungleichheit verstärkt. Nationalismus und Autoritarismus gefährden Freiheit und Solidarität auf unserem Kontinent. Die EU war und ist unfähig, auf diese Krisen angemessen zu reagieren.

Das zeigt sich beispielhaft in der Migrationspolitik: Anstatt sich angesichts der rekordhohen Zahl von Menschen auf der Flucht endlich die Frage nach den Fluchtursachen und dem Zusammenhang mit unserer Wirtschafts- und Steuerpolitik zu stellen, weigern sich die europäischen Länder, inklusive der Schweiz, Verantwortung zu übernehmen. Sie rüsten ihre Grenzen auf oder verlagern sie gar nach Afrika, kooperieren mit Verbrecherbanden in Libyen,

schliessen Deals mit dem türkischen Präsidenten und hindern Menschen daran, in Europa Schutz zu suchen. Natürlich wäre ein Europa der reinen Nationalstaaten ohne Zusammenarbeit auch migrationspolitisch eine noch schlechtere Option. Die heutigen Zustände haben aber nichts mit einer „Wertegemeinschaft“ zu tun, sie beschädigen die europäische Idee und sind eine Schande.

Der europäischen Schwäche müssen wir gemeinsam mit der europäischen Sozialdemokratie entschieden entgegentreten. **Wenn die EU den Menschen wieder Hoffnung auf Fortschritt und ein besseres Leben geben soll, müssen wir das soziale Europa stärken.** Dafür braucht es wahrscheinlich eine grundlegende Reform der EU-Verträge, damit die "Freiheit" der Unternehmen, Arbeitskräfte auszubeuten zurückgebunden werden kann und sozialstaatliche Leistungen, Arbeitsmarktregulierungen, die Stärkung von öffentlichen Dienstleistungen sowie der Ausbau demokratischer Rechte ins Zentrum rücken.

Aktuelle Situation: SVP-Kündigungsinitiative und Rahmenabkommen

Eine soziale und demokratische europäische Integration kann man nur gemeinsam denken. Darum suchen wir nach Wegen mit der PES und der S&D Fraktion im EU-Parlament, wie der nächste Integrationschritt der Schweiz in der europäischen Staatengemeinschaft gelingen und wie das soziale Europa rascher konkret Gestalt annehmen kann. **Das Problem des Rahmenabkommens ist nicht, dass es zu gross gedacht ist, sondern, dass es zu klein gedacht ist. Es erfüllt die sozialdemokratischen Ansprüche nach echter Beteiligung an der Gestaltung Europas nicht.** Die europäische Kohäsion muss auch aus unserem Land heraus gestärkt werden. Die mitwirkungslose Europastrategie des Bundesrates bleibt aber auch mit dem Institutionellen Abkommen (InstA) zu bescheiden für die Herausforderungen, die wir nur gemeinsam angehen können. Klar ist, dass wir die Kampagne gegen die SVP-Kündigungsinitiative zusammen mit den Gewerkschaften mit voller Kraft führen und gewinnen müssen. Erst danach stellen sich die weiteren Fragen.

Vor diesem Hintergrund – und insbesondere natürlich vor dem Hintergrund der Entscheidungsfindung zum InstA – sehen wir aktuell drei strategische Handlungsebenen für die SP. Wir sind gefragt

1. eine konkrete Position zum InstA und zur Europapolitik danach zu formulieren.
2. die Debatte über die aussenpolitische Zukunft der Schweiz auf einer rationalen, faktenbasierten Grundlage voranzutreiben.
3. bereits heute Wege zu finden, unser Engagement als Partei für ein sozialdemokratische Europa zu verstärken.

1. Konkrete Position zum institutionellen Abkommen und zur Europapolitik danach

a) Der Bundesrat ist zurzeit europapolitisch alleine in der Pflicht. Er muss die Schlussverhandlungen zum InstA führen und dafür sorgen, dass es innenpolitisch mehrheitsfähig wird. Für die SP müssen erstens Qualität und Umfang der Kontroll-, Sanktions- und Durchsetzungsmassnahmen gegen Missbräuche bei den Arbeitsbedingungen und Löhnen zweifelsfrei geklärt und garantiert sein. Zweitens müssen die offenen Fragen zu den staatlichen Beihilfen geklärt und drittens die Garantie der innenpolitischen Entscheidungsfindung gewährleistet sein. Dann wird das InstA von uns unterstützt. Sind die Bedingungen nicht erfüllt, werden wir das InstA ablehnen.

b) Wir könnten uns vorstellen, dass die Schweiz der EU eine Verständigungsphase vorschlägt.

Ziel wäre es, dass insbesondere im Bereich des Lohnschutzes in dieser Zeit ein gemeinsames Verständnis über die getroffenen Massnahmen in der Schweiz und über die Möglichkeit der Anwendung innerhalb des europäischen Rechtsrahmens entwickelt werden kann. Während der Verständigungsphase erhält die EU Kommission einen Beobachtersitz im Observatorium zum Freizügigkeitsabkommen FZA. Die Schweiz erhält im Gegenzug in

diesen fünf Jahren ebenfalls einen Beobachtersitz in den Gremien der neu geschaffenen European Labour Authority ELA.

c) Mit den gemeinsamen Erkenntnissen aus dieser Verständigungsphase und den Erfahrungen in der Umsetzung der revidierten Entsenderichtlinie soll dann ein offener Diskussionsprozess beginnen, der alle weiteren Integrationsmöglichkeiten vernünftig gegeneinander abwägt. Es ist anzunehmen, dass bis zu diesem Zeitpunkt weitere Marktzugangsabkommen ausgehandelt oder Aufdatierungen bestehender Abkommen stattgefunden haben. Es ist auch anzunehmen, dass die Schweiz bis dann wieder weitere Erfahrungen in der Mitwirkung in den Kooperationsprogrammen (z.B. Forschungsrahmenprogramm) sammeln konnte.

d) Parallel zur Verständigungsphase könnte die Schweiz der EU eine **Neue Partnerschaftsstrategie des guten Willens** vorschlagen. Die Schweiz könnte den vollen Zugang zu allen Kooperationsprogrammen der EU erhalten. Im Gegenzug beteiligt sie sich mit einem Beitrag in der Höhe von maximal 75% der pro Kopf-Zahlungen Norwegens an den EWR am Europäischen Haushalt (Multiannual Financial Framework MFF). Optional könnte die Schweiz der Union bei der Übernahme der Unionsbürgerrichtlinie oder Elementen davon, in Steuerfragen oder in der gemeinsamen Bewältigung der Krise des Dublinsystems (freiwillige Aufnahme von Relocationkontingenten) entgegen kommen.

Das wäre auch eine klare Absage an die Phantasien einer Gegen-EU-Bewegung unter Einschluss der Schweiz und Grossbritanniens.

2. Innenpolitische Debatte vorantreiben und konkretisieren

Das Interesse an der Schweizer Aussenpolitik ist in den letzten Jahren erfreulicherweise neu erwacht. Das zeigt sich nicht zuletzt darin, dass sich neue politische Akteure der Aussenpolitik zuwenden (z.B. Operation Libero, Public Eye) oder sogar neue Organisationen gegründet werden (Foraus). Wir bedauern allerdings, dass die Sozialdemokratie in dieser wachsenden Anzahl an Foren für die Aussenpolitik bisher stiefmütterlich vertreten ist. Es scheint uns gerade mit Blick auf die Europäische Frage zentral, dass sich die SP Schweiz stärker für eine solidarische Globalisierung positioniert. Es herrscht heute in der Schweiz ein grosser Mangel an europapolitischen Ideen, die ernsthaft in der Breite diskutiert werden. Wir schlagen deshalb vor, dass die Partei selber oder in Zusammenarbeit mit der Anny-Klaw-Morf-Stiftung die europapolitische Debatte neu aufnimmt. **Die SP muss auch für das weitere Verhältnis der Schweiz und der EU zum zentralen Ort werden, an dem ein Neuanfang in den Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU entwickelt und diskutiert werden.**

3. Unser Engagement für ein solidarisches Europa

Neben der innenpolitischen Arbeit erachten wir es als Aufgabe SP Schweiz, sich europapolitisch zu engagieren. Die Zukunft der Schweiz in Europa entscheidet sich nicht einfach an der Frage eines gelungenen institutionellen Arrangements. **Sondern an der Frage, ob Europa für die Menschen wieder zur Hoffnungsperspektive wird.** Es spielt für unser Engagement keine Rolle, ob die Schweiz

Vollmitglied der Europäischen Sozialdemokratie ist oder in absehbarer Zeit wird. **Wir schlagen erstens vor, die Präsenz der SP Schweiz in den Gremien der Europäischen Sozialdemokratie zu stärken.** Die Schweizer Erfahrung z.B. in Sachen Lohnschutz und direkter Demokratie, kann für die Europäische Sozialdemokratie wertvoll sein. Gleichzeitig ist es für unsere Partei zentral, am Puls der europäischen Entwicklung dabei zu sein. **Zweitens sollte die SP Schweiz ihre eigenen internationalen und europapolitischen Aktivitäten ausbauen.** Diese bestehen in erster Linie in bilateralen Kontakten zu Parteien und Bewegungen. Viele progressive, linke und sozialdemokratische Parteien sind, vor allem in Osteuropa, unter massiven Druck geraten. Es ist auch Aufgabe der SP Schweiz, ihren Anteil zur Unterstützung sozialdemokratischer Kräfte in Bedrängnis in Europa und darüber hinaus zu leisten. Die Partei kann dabei auf die hervorragende Kenntnis unserer eigenen Entwicklungszusammenarbeits-Organisationen Solidar und Solifonds zurückgreifen.

Fazit

Aktuell ist das im Parteiprogramm festgehaltene Ziel der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen nicht realistisch. Wir können aber einen Weg vorschlagen und versuchen, aus den letzten Jahren der unproduktiven Blockade wieder zur Verständigung zu schreiten. Wir haben versucht zu skizzieren, wie wir uns das vorstellen könnten, wenn der Bundesrat das InstA abschliessend so verhandeln und positionieren kann, dass damit ein europapolitische Deblockierung gelingen kann. Ebenso klar bleibt für uns, dass wir im Einklang mit der Position der SP Schweiz keinem Rahmenabkommen zustimmen werden, dass die skizzierten Anforderungen nicht erfüllt. Darüber hinaus soll und kann die SP – unabhängig vom Schicksal des InstA – ihren Beitrag zur Wiederaufnahme der europapolitischen Debatte ohne Scheuklappen leisten.

Martin Schwab, SP Nidau

Einzelkandidat fürs Präsidium

Unsere Väter und Grossväter zogen noch in den Krieg. Über Jahrhunderte gehörten Kriege zu Europa dazu. Im 20. Jahrhundert starben im Zweiten Weltkrieg mindestens 55 Millionen Menschen, das alte Europa brach zusammen. Da war die Zeit gekommen für die Idee eines vereinten Europas, eine jahrhundertealte Utopie, die sich seit der Zeit der Griechen und Römer bis in die Neuzeit zieht. Angesichts des immensen Leids und der materiellen Zerstörung der beiden Weltkriege war das Bedürfnis Ende der Vierzigerjahre gross, den Frieden dauerhaft zu sichern.

Wir leben heute, mehr als 70 Jahre nach der Gründung der EU, in dem Luxus, den europäischen Nachbarn vertrauen zu können. Ein Krieg innerhalb der EU ist unvorstellbar, Ost- und Westeuropa sind vereint. Über eine halbe Milliarde Europäer leben heute in Frieden und Freiheit – dank der

EU. Die europäische Integration ist das erfolgreichste Friedensprojekt der (neueren) Geschichte. Das gemeinsame Haus Europa sichert den Frieden.

Und genau dieser Frieden ist es, was mich mit allen anderen Menschen, überall in Europa verbindet. Das ist ebenfalls mein Ansatz, die Europapolitik vorwärts zu bringen. Ich möchte nicht mit politischen 'Kampfbegriffen' wie Souveränität, Eigenständigkeit oder Unionsbürgerrichtlinie argumentieren. Schon nur beim Antönen der Begriffe macht man sich viele Feinde. Vielmehr möchte ich die positiven Eigenschaften der Europäischen Union hervorheben und wieso wir darauf nicht verzichten können.

Schlussendlich geht es darum, dass wir in der EU ein Mitglied sind. Das können wir nicht als Partei alleine schaffen. Wir brauchen die breite Abstützung in der Bevölkerung. Damit das bald eine Tatsache wird, reichen Zahlen und Begriffe, die wohl ein Grossteil der Bevölkerung sowieso nicht versteht, nicht aus. Wir müssen einen anderen Ansatz wählen, einen, mit dem sich weite Teile der Bevölkerung auch damit identifizieren können. Deshalb ist es wichtig, dass wir eine Figur haben, die sich engagiert und mit den Worten der Bürger argumentiert. Die EU, basierend auf der sozialen Marktwirtschaft, stärkt die Wirtschaft und sorgt für Wohlstand, wer ist dafür schon nicht dankbar?

Klare und kurze Statements sind der Schlüssel zum Erfolg. Bildquelle: EU Kommission

Natürlich kommt man damit aber nicht um hochaktuelle Themen herum, welche die Beziehung der Schweiz zur EU regelt. Das Rahmenabkommen ist so ein Beispiel. Auch da ist es absolut notwendig zu verstehen, warum das Rahmenabkommen so zentral ist:

Denn heute gibt es keinen Weg, um Streitfälle zwischen Bern und Brüssel rechtlich zu klären. Einigen sich die beiden Parteien nicht im gemischten Ausschuss, bleibt die Frage jahrelang

ungelöst. Deshalb besteht die EU auf einem Rahmenabkommen mit einer juristischen Streitbeilegung am Europäischen Gerichtshof und Mechanismen zur Rechtsanpassung. Ohne dieses Rahmenabkommen will die EU mit der Schweiz keine neuen Marktzugangsverträge mehr abschliessen und bestehende Abkommen nicht länger aufdatieren. Damit droht auch der bilaterale Weg mittel –und langfristig, gefährdet zu werden. Deshalb ist ein institutionelles Rahmenabkommen für die Weiterentwicklung der bilateralen Abkommen absolut notwendig. Allerdings kann man das Abkommen nur unterstützen, wenn es die Beibehaltung des erreichten Arbeitnehmerschutzes sowie das Angebot des Service Public garantiert und eine vernünftige Teilhabe der Schweiz an der Weiterentwicklung des europäischen Rechts erlaubt.

Für viele Menschen in der Bevölkerung macht besonders der Aspekt des Europäischen Gerichtshofes Angst und sie befürchten, wir könnten unsere Souveränität verlieren. Dass das nicht so ist, sollte ebenfalls eine wichtige Aufgabe des Präsidiums sein, das aufzuzeigen, um damit die Angst in der Bevölkerung zu nehmen.

Man sieht, ich stütze mich auf Zahlen und Fakten, doch nach aussen möchte ein Signal an die Bevölkerung senden, damit wir die Chance jetzt nutzen, unsere Stärken in der EU einzubringen, um in Zukunft gemeinsam an der Europäischen Idee aktiv mitzuarbeiten.

13. März 2020